



**STADT
ASCHAFFENBURG**

_____ DER OBERBÜRGERMEISTER

Haushaltsrede
des Oberbürgermeisters
Jürgen Herzing

Krisen bewältigen, Investitionen stemmen

am Montag, 13. Februar 2023, um 15:30 Uhr,
im Cranach-Saal der Stadthalle am Schloss

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Wahlperiode dieses Stadtrates ist geprägt durch permanente Krisensituationen.

1. Internationale Rahmenbedingungen des diesjährigen Haushalts

Es begann mit der ersten Coronawelle 2020, der sich die zweite Welle 2021 anschloss. Beide führten dazu, dass neben den massiven gesundheitlichen Auswirkungen auf die Bevölkerung die Lieferketten geschwächt wurden und insbesondere der Nachschub an Halbleitern aus Asien unterbrochen worden ist.

2022 begann der Ukrainekrieg mit einer enormen Flüchtlingswelle und explodierenden Energiekosten. In deren Gefolge stieg die Inflationsrate auf 10%, die

Kapitalzinsen erhöhten sich und auch die Löhne erhielten Zuwachsraten, die lange nicht mehr gesehen worden waren.

Jeder von Ihnen war oder ist von diesen Krisen in mehr oder weniger starker Form betroffen oder kennt zumindest Menschen, die unter diesen Faktoren zu leiden hatten und haben. Auch die örtliche Wirtschaft ächzte unter diesen Rahmenbedingungen.

Es liegt auf der Hand, dass die Kommunen sich von solchen Entwicklungen nicht abkoppeln können. Im August 2022 haben die deutschen kommunalen Spitzenverbände in Deutschland hierzu folgendes Statement veröffentlicht:

„Selbst wenn der Ukraine-Krieg nicht zu weiteren Einbrüchen der Wirtschaftsleistung führt, werden die

Kommunalhaushalte durch Defizite, real sinkende Investitionen und einen Vermögensverzehr gekennzeichnet sein. Wir werden Unterstützung von Bund und Ländern benötigen. Investitionen in Klimaschutz und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs haben für uns hohe Priorität. Ohne dauerhaft verbesserte Finanzausstattung auch durch einen größeren Anteil am Steueraufkommen können die Kommunen diese Investitionen nicht aus eigener Kraft finanzieren.“

2. Auswirkungen der Krisen auf den Verwaltungshaushalt

Diese Problematik spiegelt sich auch im städtischen Haushalt des Jahres 2023 wieder.

Erstmals seit Jahrzehnten spielte beim diesjährigen Haushalt wieder eine Rolle, ob die Mindestzuführung erwirtschaftet werden kann, also ob im laufenden Betrieb

des Verwaltungshaushaltes so viel Gewinn erzielt werden kann, dass davon die normalen Tilgungsraten der Kredite bedient werden können. Bei uns macht das rund 7 Mio Euro aus.

Im Wesentlichen ist das auf drei krisenbedingte Faktoren zurückzuführen:

- Die Personalkosten:

Wie Sie wissen, stehen in diesem Jahr die Tariflohnverhandlungen für Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst an. Verdi hat hier eine Tariflohnforderung von 10 Prozent in den Raum gestellt, um inflationsbedingte Lohnverluste auszugleichen. In den vergangenen zehn Jahren sind die Tariflöhne im Kommunalbereich um etwas über 2 Prozent pro Jahr gestiegen. Angesichts der Lohnabschlüsse in anderen Bereichen rechnen wir in diesem Jahr mit Tariflohnsteigerungen von ca. 5 Prozent.

Ein Prozentpunkt mehr macht bei uns rund 800.000 € aus. Hinzu kommt der Personalmehrbedarf für die Betreuung von mehr als 1000 Geflüchteten zusätzlich aus der Ukraine und anderen Ländern, die durch Ausländeramt, Amt für soziale Leistungen und Jugendamt zu stemmen ist und deren Kosten bislang nicht vom Staat ersetzt werden.

Das gleiche gilt für die Ausweitung von Sozialleistungen. Das Wohngeld Plus wird laut Bundesregierung zu zusätzlich 2 Millionen berechtigten Haushalten in Deutschland führen. Auch Neuregelungen von Bürgergeld und Grundsicherung werden personellen Mehraufwand auslösen. Insgesamt erhöht sich der Personalkostenansatz in 2023 um rund 4 Mio Euro.

- Die Energiekosten:

Wie jeder Bürger hat die Stadt ebenfalls mit höheren Energiekosten zu rechnen - zum einen im Hinblick auf den Betrieb der eigenen Gebäude, zum anderen im Hinblick auf die höheren Unterkunftskosten im Bereich der Sozialleistungsbezieher. Beide Faktoren machen vermutlich Mehrkosten von rund 2,6 Mio € aus.

- Das Klinikum:

Bekanntlich hat die Stadt 50 % des Betriebsverlustes des Klinikums zu tragen. Im letzten Jahr waren dies rund 5,1 Mio €. Dieser Verlustanteil der Stadt wird jetzt auf 8,6 Mio € steigen, also 3,5 Mio € mehr. Die Ursachen sind bekannt: Unzureichende Refinanzierung durch Entgelte, hohe pandemiebedingte Zusatzkosten, Personalmangel und damit Bettenleerstände und schließlich überhöhte Personalkosten durch Leiharbeitnehmer. Sollten hier die

angekündigten Reformen der Bundesregierung nicht zu einer deutlich verbesserten Finanzausstattung der Kommunen führen, ist in den Folgejahren mit noch höheren Verlusten zu rechnen.

Allein diese drei Faktoren machen eine Mehrbelastung des Verwaltungshaushaltes von 10,1 Mio Euro aus. Dem stehen Mehreinnahmen in Höhe von 4 Mio € aus Schlüsselzuweisungen und 1 Mio € aus dem Einkommensteueranteil gegenüber. Insofern ist es wenig überraschend, dass der Zuführungsbetrag um 5 Mio € auf 8 Mio € sinkt und damit nur noch um 1 Mio € über der sogenannten Mindestzuführung liegt.

Mit dieser Entwicklung unterscheiden wir uns kaum von der anderer Städte. Würzburg, deutlich größer als wir, erreicht 2023 gerade so die Mindestzuführung von 8 Mio

€. Seine Rücklagen in Höhe von rund 50 Mio € werden 2025 aufgebraucht sein, und man steigt ab 2025 in die Neuverschuldung ein. Schweinfurt entnimmt 2023 fast seine gesamten Rücklagen von 73 Mio € und steigt ab 2024 in die Neuverschuldung ein. Diese Liste ließe sich fast beliebig verlängern.

Die Daten zeigen aber auch, dass die diesjährigen Finanzprobleme nicht auf überbordende Verwaltungswünsche oder ausufernde Stadtratsanträge für 2023 zurückzuführen sind, sondern auf Faktoren, die der Einflussnahme durch die Stadt weitgehend entzogen sind. Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei den Stadträtinnen und Stadträten bedanken, die die Zeichen der Zeit erkannt haben und davon abgesehen haben, kostenträchtige Anträge zu stellen.

3. Entwicklung des Vermögenshaushaltes

a) Entwicklung der Verschuldung

5 Mio Euro weniger Zuführungsbeitrag in 2023 reißen natürlich auch ein Loch in den Vermögenshaushalt. Nachdem wir die Zahlen aus 2023 mehr oder weniger unverändert für den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum bis einschließlich 2026 fortschreiben, beträgt die neue Lücke allein durch diesen Faktor 20 Mio Euro.

In der mittelfristigen Finanzplanung des Haushaltsjahres 2022 war bereits für 2025 eine Neuverschuldung von 13 Mio Euro vorgesehen. Angesichts des enormen Bauinvestitionspaketes von rund 36 Mio Euro pro Jahr war 2022 absehbar, dass auch für 2026 mit einer Neuverschuldung in ähnlicher Höhe zu rechnen sein würde.

Unter Berücksichtigung der Preissteigerungen im Baubereich mit denen zurzeit jeder Bauherr zu rechnen hat und bei denen sich erst langsam eine Entspannung abzeichnet, beläuft sich die die mutmaßliche Neuverschuldung im Finanzplanungszeitraum auf rund 54 Mio Euro. Das ist eine Verdoppelung des aktuellen Schuldenstandes.

Auch wenn man berücksichtigt, dass wir in den vergangenen 10 Jahren unsere Verschuldung um 20 Mio Euro im Kernhaushalt und um 10 Mio Euro im Rahmen des Zweckverbandes FOS/BOS zurückgefahren haben, ist das eine Größenordnung, die weh tut, und die aufgrund von Zinszahlungen und Tilgungsraten Auswirkungen auf zukünftige Haushalte haben wird.

Vor diesem Hintergrund wurde im Rahmen der Haushaltsberatungen angeboten, nach Analyse der Haushaltsdaten eventuell doch eine Gewerbesteuererhöhung ins Auge zu fassen. Ich werde dieses Gesprächsangebot aufnehmen und auf Sie zukommen.

b) Investitionsschwerpunkte

Lassen Sie uns unabhängig hiervon einen Blick auf die Ursachen für diese Entwicklung werfen.

aa) Bauinvestitionen

In den Jahren vor der letzten Finanzkrise 2015 bewegten sich unsere Bauinvestitionen auf einem Level von rund 26 Mio Euro pro Jahr. Sie gingen dann im Zeitraum 2015 bis 2017 auf etwa 21 Mio Euro pro Jahr zurück und explodierten dann ab 2018 auf etwa 35 Mio Euro pro Jahr.

Im Finanzplanungszeitraum 2023 bis 2026 sind Bauinvestitionen in einer Größenordnung von 138 Mio € vorgesehen. Es sind größere Investitionen im Kanalbereich mit rund 37 Mio Euro eingeplant. Hierzu gehören das Becken Willigisbrücke, die Entwässerungs-anlage Schlossberg und die Ertüchtigung der Kläranlage. Weitere 41 Mio Euro entfallen auf die Fertigstellung der Baugebiete und die Neugestaltung des Schlossufers.

Klarer Investitionsschwerpunkt ist aber nach wie vor der Schulbau mit rund 57 Mio €. Damit wird eine Forderung aus der Politik erfüllt, wovon zumindest in früheren Jahren bei der einen oder anderen Fraktion die Zustimmung zum Haushalt abhängig gemacht wurde.

Haushaltstechnisch schwierig abzubilden ist insbesondere das Kronberg-Gymnasium. Das hängt zum

einen von der Investitionssumme ab. Der anstehende Bauabschnitt wird nach aktuellen Berechnungen rund 26 Mio € verschlingen. Ob es dabei bleibt, werden die Ausschreibungsergebnisse zeigen. Zum zweiten stehen dieser hohen Bausumme relativ geringe Fördermittel von rund 7 Mio € gegenüber. Zum Dritten schließlich soll der Bau 2026 fertig sein. Das bedeutet, dass in den Jahren 2024 bis 2026 jedes Jahr rund 8 Mio Euro Investitionsmittel allein für diese Schule gebunden sind. Die Verwaltung hat auf diese Problematik hingewiesen. Der Stadtrat hat im letzten Jahr mit großer Mehrheit entschieden, das Projekt gleichwohl auf den Weg zu bringen.

bb) Wohnungswesen

Ein Dauerthema auf kommunaler wie auf staatlicher Ebene ist die Schaffung von Wohnraum – insbesondere

von bezahlbarem Wohnraum. Die Stadt Aschaffenburg stützt sich hierbei auf drei Säulen, die Bereitstellung und Veräußerung von Baugrund, den Wohnungsbau bei ihrer Tochtergesellschaft Stadtbau GmbH und die Ausübung von Vorkaufsrechten.

Bezüglich der Veräußerung von Wohnbauland waren die Erfahrungen im letzten Jahr ernüchternd. Bedingt durch den Zinsanstieg und den Anstieg der Baukosten sind die meisten Kaufinteressenten von ihrem Kaufangebot zurückgetreten. Das wird Auswirkungen auf den Jahresabschluss 2022 haben. Die nicht veräußerten Grundstücke im Bereich Anwandeweg werden wir 2023 wieder auf dem Markt anbieten, ergänzt um Grundstücke aus dem Baugebiet Rotäcker. Alles in allem handelt es sich hierbei um ein Verkaufsvolumen von rund 11 Mio Euro. Ob sich das in einem Marktumfeld mit

zurückgehenden Bauaufträgen realisieren lässt, wird sich zeigen.

Die zweite Säule sind die Investitionen der Stadtbau GmbH. Die Stadtbau GmbH ist der größte Wohnungseigentümer im Stadtgebiet. Sie verfügt über insgesamt 3200 Wohnungen. Im Zeitraum bis 2031 wird die Stadtbau Aschaffenburg ca. 134,5 Mio. € in Neubauprojekte und 86,2 Mio. € in Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen investieren. Sie wird dabei rund 495 Wohnungen neu errichten, 356 davon im öffentlich geförderten Wohnungsbau („EOF“). Ermöglicht wird dies auch dadurch, dass die Stadt alle Gewinne in der Stadtbau GmbH belässt, eine Vorgehensweise, die keineswegs selbstverständlich ist, wie das aktuelle Beispiel Würzburg zeigt.

Das sind Zahlen, auf die die Stadt stolz sein kann. Es sind aber auch Zahlen, die es rechtfertigen, sich angesichts knapper Kassen bezüglich wohnungspolitischer Aktivitäten im Kernhaushalt im Sinne einer Prioritätenbildung zurückzuhalten.

Insofern sind in der Haushaltsplanung bezüglich der dritten Säule, der Ausübung von Vorkaufsrechten, keine größeren Ansätze vorgesehen. Hier wird der Stadtrat in absehbarer Zeit darüber befinden müssen, ob es Sinn macht, bezüglich teurer Baugrundstücke das Vorkaufsrecht auszuüben um anschließend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Bislang ist dieses Konzept gescheitert. Das mag aber auch der allgemeinen Marktlage geschuldet sein.

cc) Klimaschutz

Ein weiterer zentraler Diskussionspunkt bei Haushaltsberatungen in allen Kommunen sind die Investitionen in den Klimaschutz.

Erlauben Sie vorab ein Zitat aus dem „Leitfaden kommunaler Klimaschutz“, den das DifU für die „Nationale Klimaschutzinitiative“ erstellt hat.

Dort heißt es: „Klimaschutz ist aber nach wie vor eine freiwillige Aufgabe für die Kommunen und hängt unter anderem davon ab, wie viel Personal und Geld im kommunalen Haushalt vorhanden sind.“

Bei der Vollversammlung des bayerischen Städtetages in Regensburg im Juli 2022 wurde durch eine Resolution des Städtetages zum Ausdruck gebracht, dass Städte

und Gemeinden die Aufgaben des Klimaschutzes und der Klimaanpassung seit langem inhaltlich wie eine Pflichtaufgabe wahrnehmen. Diese faktische Verpflichtung überlagere die kommunalrechtliche Differenzierung zwischen sogenannten freiwilligen Aufgaben und Pflichtaufgaben und zwingt im Einzelfall Aufsichtsbehörden zu einer abweichenden Bewertung. Die Novelle des bayerischen Klimaschutzgesetzes müsse dieser Praxis Rechnung tragen und die Städte und Gemeinden zu bestimmten Aufgaben im Bereich des Klimaschutzes und der Klimaanpassung auch förmlich verpflichten. Dazu gehöre – so der Bayerische Städtetag - zwingend, dass der Freistaat nach den Grundsätzen des Konnexitätsprinzips der Bayerischen Verfassung auch eine entsprechende Kostenfolgeschätzung vorlegt, mit dem Ziel, den Kommunen für diese Aufgaben nicht nur

einzelne Förderprogramme anzubieten, sondern vielmehr eine Kostenerstattung zu gewähren.

Die Auswirkungen des Konnexitätsprinzips waren wohl der Grund, weshalb der bayerische Ministerpräsident in seiner Rede vor der Vollversammlung den Wandel des Klimaschutzes von der freiwilligen zur kommunalen Pflichtaufgabe abgelehnt hat.

Das alles ändert aber nichts daran, dass sich die Kommunen im Allgemeinen und die Stadt Aschaffenburg im Besonderen dem Klimaschutz verpflichtet fühlen. Die Einordnung als freiwillige Aufgabe ermöglicht aber eine Einschätzung, wie die Prioritäten zu bilden sind, wenn das Geld der Stadt nicht mehr reicht, um alle rechtlichen und politischen Vorgaben zu befriedigen.

Diese Vorabbemerkung erscheint im Rahmen der diesjährigen Haushaltsberatungen vor allem deshalb angebracht, weil Grüne und KI eine Vielzahl von Anträgen zur Verbesserung des Klimaschutzes in Aschaffenburg eingereicht haben. Bei den Grünen beläuft sich das Antragspaket auf 5,6 Mio zusätzliche Kosten nur im Haushaltsjahr 2023 ohne dass eine Gegenfinanzierung vorgeschlagen wird. Die Vorschläge beinhalten beispielsweise 1 Mio € für Fassaden und Dachbegrünung, 2 Mio € für Photovoltaikanlagen oder zusätzlich 1,5 Mio € für den Radwegeausbau. Bei der KI ist das Paket kleiner und als Gegenfinanzierung wird gegebenenfalls Steuererhöhung vorgeschlagen.

Diese Ausgabenmehrung für freiwillige Aufgaben ist angesichts der Haushaltslage nicht darstellbar.

Wichtig ist mir aber, dem Eindruck entgegenzutreten, dass die Stadt nichts für den Klimaschutz tut. Auch hier muss man die Stadtverwaltung mit ihren Töchtern als Einheit sehen. Verzeihen Sie mir auch, wenn ich aus Darstellungsgründen nachfolgend die Trennung in Verwaltungs- und Vermögenshaushalt aufgebe.

aaa) ÖPNV

Die Durchführung des ÖPNV erfolgt durch die Stadtwerke. Vor kurzem haben Sie den Wirtschaftsplan der Stadtwerke beschlossen. Im Unternehmensbereich Verkehrsbetrieb zeichnet sich ab, dass der Verlust von 2,4 Mio Euro im Jahr 2021 auf voraussichtlich 6,9 Mio Euro im Jahr 2023 steigen wird. Hauptkostentreiber des Verkehrsbetriebs sind laut Stadtwerke Personal, Fremdleistungen und Treibstoffe. Zusätzlich muss noch mit deutlich höheren Kapitalkosten aus der Beschaffung

von Bussen mit alternativen Antrieben (Strom und Wasserstoff) und der damit verbundenen Infrastruktur gerechnet werden. Damit werden die Gewinne aus der AVG komplett aufgezehrt. Gewinnabführungen an die Stadt wird es in Zukunft nicht mehr geben. Trotzdem hat die Stadt beim ÖPNV-Angebot keinerlei Leistungskürzungen vorgenommen.

Ergänzt wird das ÖPNV-Angebot durch städtische ÖPNV-Förderungen. Das sind 250.000 Euro für das Jugendticket und 385.000 Euro für das Samstagsticket. Auch die 100.000 Euro für den Kulturpass sind faktisch eine Fahrpreisverbilligung. Wenn die Rahmenbedingungen der staatlichen Fahrpreisvergünstigungen wie 49 €-Ticket oder 29 €-Ticket klar sind, wird man zu überprüfen haben, ob staatlich subventionierte ÖPNV-Preise nochmals kommunal vergünstigt werden müssen.

bbb) Waldumbau und Grünflächenintensivierung

Eine der Hauptforderungen der Klimaschutzbewegung ist der Schutz der Wälder und die Förderung des Waldumbaus. Aschaffenburg ist einer der größten kommunalen Waldbesitzer in Bayern. Lange bevor der Waldumbau zum öffentlichen Thema wurde, hat die Stadt die Notwendigkeit des Waldumbaus erkannt und betreibt diesen Prozess seit Jahren erfolgreich durch ihr Forstamt. Jedes Jahr wendet sie hierfür netto – also abzüglich der Holzverkaufserlöse – 1,4 Mio € auf.

In die Betrachtung mit einbeziehen muss man auch die Aktivitäten des Gartenamtes. Ich denke dabei nicht nur an die 100.000 €, die unter anderem jährlich für Bäume im Straßenraum zur Verfügung gestellt werden. Zu berücksichtigen ist hierbei auch die Flächenstruktur der Stadt. In meiner Haushaltsrede von 2021 habe ich darauf

hingewiesen, dass Aschaffenburg mit seiner Gesamtfläche nur auf Platz 17 in Bayern steht. Sie rückt aber im Bereich der Waldfläche mit 1800 ha auf Platz 7 und nach der absoluten Grünfläche innerhalb des Siedlungsbereiches mit 300 ha sogar auf Platz 5 vor. Der weitaus größte Teil dieser Flächen gehört zudem der Stadt und wird von ihr vorbildlich bewirtschaftet.

Dies zeigt aber auch, dass die Flächenversiegelung in Aschaffenburg einen anderen Problemfaktor darstellt als in Städten mit höherem Versiegelungsgrad. Gleichwohl führt das Gartenamt bei der Sanierung von Schulhöfen, die Versiegelung kontinuierlich zurück, ersetzt Bäume im Straßenraum durch hitzeresistentere Varianten und pflanzt mehr Bäume nach als gefällt werden.

ccc) Energieeinsparung und Energiegewinnung

Die Stadt ist in all ihren Bereichen bemüht, ihre Energiebilanz zu verbessern.

So werden jährlich 330.000 € in die Umrüstung der Straßenbeleuchtung und der Sportplatzbeleuchtung auf LED investiert. 350.000 € stehen jährlich im Rahmen des Energiecontractings für überobligatorische Energieoptimierung zur Verfügung.

In diesem Jahr wird der Bereich Klima und Nachhaltigkeit auch personell verstärkt. Es wird ein neues Sachgebiet „Klima und Nachhaltigkeit“ geschaffen, in dem unter anderem das **Klimaschutz**management, das neue **Klimaanpassungs**management, der kommunale Energiebeauftragte und das Personal für die zukünftigen

Klimaquartiere zusammen Klimaschutz und Klimaanpassung noch stärker forcieren werden.

Durch weitere Photovoltaik-Anlagen auf städtischen Gebäuden und durch ein neues Blockheizkraftwerk soll die regenerative Erzeugung von Strom zum Eigenverbrauch weiter ausgebaut werden. Dies zahlt sich langfristig ökologisch und finanziell aus. Mit dem Ausbau der E-Fahrzeug-Flotte, die selbstverständlich mit Ökostrom betrieben wird, wird auch der unvermeidliche Teil der Mobilität nachhaltiger.

Dennoch müssen die Anstrengungen weiter fortgesetzt und intensiviert werden. Dies gilt auch für die Stadt insgesamt. Mit der Fortführung der Förderung von Solarthermie und Photovoltaik auf Kindergärten sowie der neuen Förderung von Photovoltaikanlagen an Balkonen

und auf Dächern soll die Erzeugung von Strom zum eigenen Verbrauch selbstverständlich werden. Das lehrt auch die aktuelle Energiekrise. Dabei soll es keine **Überförderung** geben, sondern private Investitionen in zukunftsweisende und klimaschonende Technik sollen angestoßen werden. 115.000 € stehen dafür zur Verfügung.

Dabei werden auch diejenigen, die am meisten unter den hohen Energiepreisen leiden, nicht vergessen. Mit einer Unterstützung der sozialen Energieberatung zweier sozialer Träger sollen die Verbräuche und damit die Kosten reduziert werden.

Auch ein Blick auf klimarelevante Investitionen der Stadtwerke lohnt. 6,5 Mio € werden dort ausgegeben für vier Wasserstoffbusse nebst Wasserstofftankstelle, für

zwei elektrische Müllfahrzeuge und Photovoltaikanlagen auf dem Dach des Verkehrsbetriebs und dem Parkhaus Löhergraben.

Zusammen sind das klimarelevante Ausgaben im Kernhaushalt in einer Größenordnung von rund 4,5 Mio € und im Bereich der Stadtwerke von 6,5 Mio €. Investitionen im Bereich der AVG sind nicht eingerechnet.

Ich glaube, dass sich angesichts dieser Zahlen kein Stadtratsmitglied dafür schämen muss, wenn es nicht zusätzlich 5 bis 6 Mio € für den Klimaschutz ausgibt.

Fazit

Wir haben jetzt drei Jahre Krisenmodus hinter uns. Selbst wenn sich das in 2023 nicht fortsetzen sollte, werden mit

den Nachwehen der Krisenjahre noch zu kämpfen haben. Ich denke, dass wir diese Jahre gut bewältigt haben. Das ist zum einen der finanziellen Unterstützung durch Bund und Länder zu danken. Auch der Stadtrat hat geschlossen über alle Fraktionen hinweg zur Krisenbewältigung beigetragen, indem er der Verwaltung den Rücken gestärkt und die Ressourcen zur Verfügung gestellt hat. Von zentraler Bedeutung war und ist das hohe Engagement der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Überwindung der Krise.

Alle drei Faktoren werden wir brauchen, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen und das anstehende Investitionspaket zu meistern. Ich bin mir sicher, dass wir auch weiterhin auf das Engagement der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zählen können.

Auch beim Stadtrat bin ich zuversichtlich, zumal sich wohl abzeichnet, dass der vorgelegte Haushalt bei allen Problemen, die er mit sich bringt, von einer Mehrheit mitgetragen wird.

Völlig offen ist die Frage, ob mit zusätzlicher Unterstützung durch Bund und Länder gerechnet werden kann. Vor allem im Bereich des Klimaschutzes wäre dies dringend erforderlich. Erste Lichtblicke zeichnen sich im Bereich der ÖPNV-Förderung ab. Hier muss aber mehr kommen, wenn der Bund seine selbst gesteckten Ziele erfüllen will. Ohne die Kommunen wird das nicht gehen.

Abschließend möchte ich mich bei Ihnen für die guten und sachorientierten Haushaltsberatungen bedanken und nochmals meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, dass

möglichst viele – bei aller Kritik am Haushalt im Einzelfall
– dem Haushalt in seiner Gesamtheit doch zustimmen
können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

21.994 Zeichen

3000 Wörter